

- Wollen Sie 40 Jahre lang mindestens 10 Prozent höhere Steuern für die Sanierung der BLPK bezahlen?
- Wollen Sie Kanton und Gemeinden finanziell ausbluten lassen, damit die Altersvorsorge für die Neurentner unter den Staatsangestellten überdurchschnittlich luxuriös gesichert ist?
- Wollen Sie für die Luxussanierung und die Altersvorsorge v.a. der Spitzenverdiener im Kanton aufkommen?
- Wollen Sie, dass Angestellte von Unternehmungen nicht nur ihre eigene Pensionskasse sondern auch noch die der Staatsangestellten sanieren müssen?

Bei einem NEIN zu dieser schlechten Vorlage wird es kein Chaos geben.

Bei einem NEIN zu dieser schlechten Vorlage werden bestehende Altersrenten nicht angetastet.

5'000

Stimmen Sie bei der BLPK-Vorlage NEIN.

Sie öffnen damit den Weg für eine wesentlich günstigere und sinnvollere Sanierung der kantonalen Pensionskasse.

Komitee "Nein zur Luxussanierung der BLPK"

Dr. sc. nat. ETH Daniel Altermatt, Landrat, GLP, Münchenstein; Caspar Baader, Nationalrat, SVP, Gelterkinden; Marc Bürgi, Landrat, BDP, Pratteln; Franz Hartmann, Landrat, SVP, Reinach; Hector Herzog, GLP, Langenbruck; Siro Imber, Landrat, FDP, Allschwil; Mike Keller, Präsident Gewerbeverein KMU Binningen-Bottmingen, FDP, Binningen; Marc Sager, GLP, Allschwil; Patrick Schäfli, Landrat, parteilos, Liestal; Dr. iur. Gerhard Schafroth, Landrat, GLP, Liestal; Roland Tschudin, Dipl. Versicherungsmathematiker und Pensionsversicherungsexperte, Bubendorf; Hanspeter Weibel, Landrat, SVP, Bottmingen

Millionen sind zuviel

PC Konto 60-652985-6 "Nein zur Luxussanierung BLPK"

www.blpk-sanierung.ch

Abstimmung zur Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse

Komitee "Nein zur Luxussanierung BLPK", 4103 Bottmingen - www.blpk-sanierung.ch

Ihr Nein öffnet den Weg zu einer bezahlbaren Lösung

Um was geht es?

Die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) hat während vieler Jahre Leistungen versprochen, für die sie das Geld nicht hatte. Sie weist seit Jahren eine Unterdeckung aus. Im Gegensatz zu Pensionskassen nichtstaatlicher Arbeitgeber musste die Kasse nicht ausfinanziert werden, denn die sogenannte "Staatsgarantie" (sprich Steuerzahler) ersetzte diesen Zwang zur Ausfinanzierung. Erst unter dem Druck der bundesrätlichen Vorschriften, wonach auch staatliche Pensionskassen saniert werden müssen, erarbeitete die Finanzdirektion einen Vorschlag.

Wer ist alles bei der BLPK versichert?

Neben den Kantonsangestellten sind die Arbeitnehmer von ca. 250 weiteren angeschlossenen Arbeitgebern (Gemeinden, Kirchgemeinden, Spitexorganisationen, ausgelagerte Organisationen wie BLT etc.) in der BLPK versichert. Die Sanierung muss nun durch all diese Arbeitgeber erfolgen. Diese sind finanziell aber in den meisten Fällen gar nicht in der Lage, die notwendigen Beträge aufzubringen, weshalb wiederum der Kanton als Garant einspringen muss. Aber der Kanton hat das Geld auch nicht und muss sich dazu verschulden. Der Steuerzahler berappt am Ende in jedem Fall die Zeche ob über die Kantonssteuern, Gemeindesteuern oder höhere Gebühren; und zwar mit Zins und Zinseszinsen.

Ist eine Sanierung notwendig?

Ja, eine Sanierung ist dringend notwendig. Die Frage ist nur, wie diese Sanierung erfolgen soll.

Was ist an der jetzigen Lösung "Luxus"?

Ein Teil der versprochenen Leistungen waren gar nie einbezahlt worden - auch von den Angestellten nicht. Zudem wurden grosszügige Übergangslösungen vereinbart. Das Personal liess sich in der Sanierungsvorlage jedes Entgegenkommen entschädigen. Die Steuerzahler sollen praktisch allein das ganze Finanzloch bezahlen. Dabei wäre die Deckungslücke viel kleiner, wenn die künftigen Renten der heutigen Staatsangestellten auf das durchschnittliche Baselbieter Niveau gesenkt würden.

Generationengerechtigkeit verletzt!

Die Übergangslösung in der Vorlage des Regierungsrates ist geprägt durch die einseitige Bevorzugung weniger älterer gut verdienender Staatsangestellter mit grossen Renten-Privilegien. Bezahlen sollen das die Steuerzahler über fast 2 Generationen. Damit würde die BLPK zu einem Selbstbedienungsladen!

Für was braucht es denn insgesamt über 5 Milliarden Franken?

- Um die **Anlageverluste** der letzten Jahre zu decken, die **ausgehandelten Leistungen** zu finanzieren und die **ungedeckten Checks der Staatsgarantie** einzulösen. = 2.22 Milliarden
- **Wertschwankungsreserve:** In der Vorlage nicht erwähnt! Der Regierungsrat hat in der Vorlage "vergessen", die für die Befreiung von der Staatsgarantie vorgeschriebene zusätzliche Wertschwankungsreserve von CHF 1.2 Milliarden zu bilden. Also $2.22 + 1.2 = 3.42$ Milliarden
- Auch die **Zinskosten für die Finanzierung der Darlehen** finden sich in der Vorlage nicht. Sie werden einfach "unterschlagen". Die Vorstellung ist, dass das Abstottern über bis zu 40 (!) Jahre erfolgen soll. Je nach Modell macht das weitere 1.6 bis über 2 Milliarden an Zinsen aus.

Macht insgesamt über 5 Mrd. = 5'000 Millionen Franken

Die Vorlage bringt 10% Steuererhöhung für 40 Jahre

Wird die Sanierungsvorlage angenommen, sind der Kanton und die meisten Gemeinden über Jahrzehnte massiv überschuldet. Dies wird zu einem Kahlschlag bei den Leistungen der öffentlichen Hand und/oder zu massiven Steuererhöhungen führen. Der ehemalige Finanzdirektor spricht von 10% Steuererhöhung während der nächsten 40 Jahre allein wegen dieser Vorlage.

Was bewirkt Ihr Nein?

Lehnt das Baselbiet die BLPK-Vorlage ab, so gelten die Auffang-Regeln des Bundesrechts. Es wird kein Chaos geben und es wird niemand zu Schaden kommen. Aber **es bleibt die Vorgabe, einen Sanierungsplan zu erstellen**. In aller Ruhe und unter Beizug aller politischen Kräfte, also auch der Steuerzahler und der Gemeinden, kann eine bescheidenere und gerechtere Sanierungsvorlage nach den Bedürfnissen des Baselbiets erarbeitet werden. Die Grundlagen dazu sind schon vorhanden; darauf kann man aufbauen.